

Stellungnahme zur Zügigkeitserweiterung des Gymnasiums Rodenkirchen zum Schuljahr 2017/2018

Die Schulkonferenz des Gymnasiums Rodenkirchen spricht sich einstimmig gegen eine Zügigkeitserweiterung des Gymnasiums Rodenkirchen aus. Es fehlt ein Gesamtkonzept, welches die Schulsituation im Stadtbezirk insgesamt und die konkrete räumliche und bauliche Situation langfristig berücksichtigt.

Hilfsweise bittet die Schulkonferenz des Gymnasiums Rodenkirchen die angekündigten Notmaßnahmen zeitlich zu befristen.

Die Stadt beabsichtigt eine dauerhafte Zügigkeitserweiterung des Gymnasiums Rodenkirchen auf sechs statt bisher fünf Züge. In der Annahme einer angeblich bestehenden „Campus-Situation“ sollen die hierfür notwendigen baulichen Ressourcen durch die Nutzung von Räumlichkeiten in der Hauptschule Rodenkirchen zur Verfügung gestellt werden. Diese soll wiederum nach den aktuellen Ankündigungen ihren Betrieb einstellen; Rodenkirchener Hauptschüler sollen außerhalb Kölns (!) nach Wesseling wechseln.

Die Maßnahmen können nur als Notmaßnahme verstanden werden, mit denen heute Versäumnissen der Vergangenheit begegnet werden soll. Die sich abzeichnenden Überlegungen sind – zumal als Dauerlösung – ungeeignet. Im einzelnen:

1. Zur Zügigkeitserweiterung

Die Zügigkeitserweiterung folgt der Not gestiegener Schülerzahlen im Stadtbezirk 2 und insbesondere dessen südlicher Bereiche, die durch die notwendige Integration von schulpflichtigen Kindern aus Flüchtlingsfamilien verstärkt wird. Die Errichtung einer weiteren weiterführenden Schule im Einzugsbereich unseres Gymnasiums (in Rondorf) ist nach unserer Kenntnis ebenfalls beschlossen und die Umsetzung in den kommenden fünf Jahren beabsichtigt.

Bereits jetzt wurde unserer Schule wiederholt aufgegeben, eine zusätzliche Klasse im 5er Jahrgang einzurichten, so dass die Orientierungsstufe aktuell schon sechszügig gefahren werden muss.

Die Zügigkeit hängt von der Bedarfssituation ab. Der Eltern- und Wählerwille, der nach Presseberichten in der absoluten Mehrheit zur Rückkehr zu dem sogenannten

G9-Modell strebt, zeigt sich in den noch größeren Anmeldezahlen für die Rodenkirchener Gesamtschule gegenüber dem Gymnasium Rodenkirchen. Die Gesamtschule soll nun vorübergehend sogar 8zünftig werden. Solange es bei einem Nebeneinander von G8 (Gymnasien) und G9 (Gesamtschulen) bleibt, dürfte sich der tatsächliche lokale Bedarf auf eine weitere Gesamtschule richten, die nach ihrem Konzept – zudem nach Aufgabe der Hauptschule – die zu erwartenden Elternentscheidungen besser aufnehmen kann, als ein Gymnasium.

Zugleich aber ist in der aktuellen politischen Landschaft völlig offen, ob es nicht zu einer generellen Rückkehr zu G9 auch mit den Gymnasien kommen wird, nachdem sich mittlerweile fast alle Parteien und selbst die aktuelle Landesministerin ersichtlich hierfür erwärmen.

Zusammengefasst ist weiterer Schulbedarf im Kölner Süden zwar eindeutig, hinsichtlich der Form weiterer Schulen aber nicht. Die erhöhten Anmeldezahlen des Gymnasiums folgen erkennbar einem zu geringen Gesamtschulangebot. Dies spricht für uns gegen eine Zügigkeitserweiterung des Gymnasiums; allenfalls kann diese auf Zeit erfolgen und ist mit möglicher Rücknahme der Maßnahme nach einem Zeitraum von etwa vier bis fünf Jahren kritisch zu überprüfen.

2. Zur Nutzung der Hauptschule

Bereits jetzt ist die räumliche Situation am Gymnasium Rodenkirchen sehr angespannt. Der bauliche Erhaltungszustand ist in Teilen katastrophal. Die Sporthalle der Schule wurde (u. a.) deshalb nicht für die Nutzung durch Flüchtlinge freigegeben, weil sie in ihrem baulichen Zustand nicht zumutbar ist! Ein Neubau der Halle ist trotz des dringenden Bedarfs auf unbestimmte Zeit zurückgestellt.

Die von der Schule weiter in der Vergangenheit genutzte Mehrfachsporthalle der Grundschulen EMA und Grüngürtelstraße ist auf unabsehbare Zeit durch Flüchtlinge belegt und steht in der Prioritätenliste der Räumung zugunsten zumutbarer Unterkünfte für Flüchtlinge weit hinten, da eine angeblich gute Versorgungssituation bestehe. Der Sportunterricht ist hierdurch bereits erheblich belastet. Dies löst auch die Hauptschule nicht, die noch über mehrere Jahre Klassen führen wird und lediglich über eine sehr kleine, ebenso alte und letztlich für die moderne Sportpädagogik untaugliche Sporteinrichtung verfügt.

Die dauerhafte Aufnahme weiterer Schüler im Bestandsgebäude durch dauerhafte Erhöhung der Zügigkeit führt daher zu erheblichen Engpässen. Einem Teil der Engpässe durch Verlagerung der Übermittagsbetreuung, Auslagerung der

Oberstufenklausuren und Auslagerung von Besprechungsräumen etc. zu begegnen ist zwar denkbar, eine wirkliche Lösung stellt dies aber nicht dar.

Eine Verlagerung des Regelunterrichts auch in die Hauptschule ist unmöglich. Die Verlagerung von Klassen- und/oder Fachräumen in die Hauptschule würde dazu führen, dass Schüler zwischen den Gebäuden einen Weg von fünf bis acht Minuten mit Überquerung der meistbefahrenen Straße der näheren Umgebung, nämlich der Rodenkirchener Hauptstraße, zu absolvieren hätten, um von Unterrichtsraum (Gymnasium) zu Unterrichtsraum (Hauptschule) zu wechseln. Die Schüler müssten das eine Schulgelände verlassen, um zum anderen Schulgelände zu gelangen. Die von der Stadt gesehene angebliche „Campus-Situation“ unterliegt offenkundig einem Missverständnis. Sie gibt es nicht. Sicherheitstechnisch und aufsichtsrechtlich ist die Verlagerung von Unterrichtsräumen in den Bereich der Hauptschule daher undenkbar. Der Mehraufwand zur Sicherung der Wege, doppelte Aufsichten etc. ist nicht leistbar. Zudem soll an unserer Schule das vielfach gelobte und positiv evaluierte Konzept des Lehrerraumprinzips nicht aufgegeben werden.

Eine Nutzung von Räumen der Hauptschule kann daher nur zu einer punktuellen Entlastung durch die angesprochene Verlagerung von Funktionsbereichen außerhalb der Unterrichtsräume stattfinden, was nicht die erforderliche Raumsituation für eine dauerhafte höhere Zügigkeit unseres Hauses löst. Die dauerhafte Sechszügigkeit würde letztlich zwingend auch für unser Schulgelände erhebliche Anbau-/Neubaumaßnahmen erforderlich machen.

3. Zum Verfahren

Die entstandene Notsituation ist seitens der Stadt hausgemacht und wird nicht erst durch die notwendige Beschulung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien ausgelöst. Die demographische Entwicklung im Kölner Süden ist seit mehr als einem Jahrzehnt absehbar und wird durch die Ausweisung großer Neubaugebiete durch die Stadt sehenden Auges verschärft. Die unterschiedliche Attraktivität der Schulformen ist seit mehreren Jahren sichtbar und an den Anmeldezahlen ablesbar.

Vor diesem Hintergrund befremdet es die Schulkonferenz des Gymnasiums Rodenkirchen erheblich, wenn nunmehr übereilt Beschlüsse für langfristige Lösungen ohne durchdachtes Gesamtkonzept getroffen werden. Wir möchten dabei nachdrücklich unser Befremden über das Vorgehen der Stadt Köln ausdrücken, dass die betroffenen Schulen von den geplanten Zügigkeitserweiterungen bzw. der Schließung der Hauptschule aus der Presse erfahren mussten.

Naheliegende Alternativen werden offenkundig nicht bedacht. Wenn tatsächlich die einzige Hauptschule des näheren Umfelds geschlossen wird und deren Räume für unsere Schule nicht wirklich nutzbar sind (keine Campus-Situation!), wären die Räume doch zum schnellen Aufbau einer neuen Gesamtschule nutzbar. Die Räume sind vierzünftig für vier bis fünf sich aufbauende Jahrgänge geeignet, was der Stadt einen entsprechenden Zeitraum für eine neue (größer) angelegte Schulgebäudeplanung und den Umzug nach Rondorf gibt. Eine Einbindung der hervorragenden Realschule in Godorf in die konzeptionellen Überlegungen fehlt völlig.

Es wird deshalb nachdrücklich angeregt, das Gespräch mit den betroffenen Schulen und Eltern vor Ort zu suchen, deren Kenntnisse über die örtliche Situation sicherlich zur Vermeidung überhasteter Entscheidungen mit im Zweifel unabsehbarer Langzeitwirkung vermeiden helfen könnten.

Wir gehen davon aus, dass die VK-Klassen und die Klassen Gemeinsamen Lernens bis zur Schließung der Hauptschule auch dort verbleiben.

Selbstverständlich ist der Schulkonferenz des Gymnasiums Rodenkirchen die rein faktische aktuelle Notlage gerade für die Familien im Kölner Süden bewusst. Gerne bringen wir uns in einen ergebnisoffenen Dialog weiter konstruktiv ein. Wenn dann auch Entscheidungen mit ruhiger Hand eine kurzfristige Erhöhung der Zügigkeit gebieten, sollten solche Entscheidungen zur Behebung der gegenwärtigen Not aber nicht ohne kritische Überprüfung nach einer überschaubaren Verfallszeit bestehenbleiben.

Für die Schulkonferenz

Almuth Roselieb
Schulleiterin